

FREI GEHANDELT ERNÄHRT HUNGER

→ Global gesehen wird derzeit genug an Lebensmitteln erzeugt, um alle Menschen ernähren zu können. Mit der Explosion der Lebensmittelpreise 2007, und der damit einhergehenden Verschärfung der bestehenden Hungerkrise im globalen Süden, wurde einmal mehr – auch von der EU – die weitere Liberalisierung des Agrarhandels als Lösung propagiert. Aber würde noch mehr Freihandel tatsächlich die globale Ernte gerechter verteilen?

VON ALEXANDRA STRICKNER*

Ein Festhalten an der gegenwärtigen Welthandelsordnung, die nach dem neoliberalen Freihandelsdogma organisiert ist oder sogar die weitere Liberalisierung des Agrarhandels wie u.a. im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO vorgeschlagen, bedeutet eine Vertiefung der Hungerkrise. Warum?

Dreiðig Jahre Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik in der Landwirtschaft und der damit verbundenen massiven Ausweitung des Freihandelssystems haben Hunger und Armut v. a. im globalen Süden verschärft. Mit ihren Strukturanpassungsprogrammen zwangen IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank Entwicklungsländer in den 1980er Jahren, ihre Land-

wirtschaft auf exportfähige Produkte umzustellen, um damit die notwendigen Devisen zur Begleichung der hohen Auslandsschulden zu erwirtschaften. Es wurden Freihandelszonen und Steuererleichterungen für ausländische Direktinvestitionen geschaffen und zugleich die Zölle für ausländische Lebensmittelimporte massiv gesenkt. Staatliche Förderprogramme (etwa günstige Kredite für den Kauf von Saatgut oder Dünger) und öffentliche Institutionen (z.B. staatliche Vermarktungsorganisationen), welche Kleinbauern und –bäuerinnen in der Erhöhung ihrer Produktivität unterstützt haben, wurden abgeschafft. Auch Preiskontrollen, die sicherstellten, dass die lokale Bevölkerung Zugang zu leistbaren Lebensmitteln hat,

wurden ad acta gelegt. Doch Kleinbauern und –bäuerinnen machen damals wie heute den Großteil der Bevölkerung und v.a. auch der Armen im globalen Süden aus.

VERHEERENDE FOLGEN

Die Konsequenz dieser Politikmaßnahmen: die Ausweitung einer monokulturellen, meist agroindustriellen Produktion für den Export, die Zerstörung bzw. Verschmutzung der Naturressourcen, eine enorme Konzentration der Märkte, die Verstärkung der Landflucht und die Zunahme von Armen in städtischen Slums und folglich die Verringerung der Kapazitäten für eine eigenständige Versorgung mit Lebensmitteln. Die Politik von IWF und Weltbank haben die Grundla-

→

ZUSAMMENFASSUNG:

Eine Welthandelsordnung, die einen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung von Lebensmitteln leistet, muss den höchstmöglichen Grad der eigenständigen Versorgung eines Landes oder einer kontinentalen Region mit Lebensmitteln ermöglichen und sicherstellen sowie den globalen Handel mit Agrargütern auf der Basis der Prinzipien der Kooperation und Komplementarität organisieren.



ge für eine zunehmende Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gelegt. Diese wurde in den letzten drei Jahrzehnten durch eine aggressive Exportpolitik v. a. seitens der USA und der EU verschärft. Beide Regionen erzeugen aufgrund ihrer geografischen und klimatischen Grundlagen sowie den vorhandenen Produktionsmitteln weitaus mehr Lebensmittel als für die Versorgung ihrer Bevölkerung notwendig ist. Ihre Überschüsse exportieren sie unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten – eine Praxis, die als Dumping bezeichnet wird. Anstatt mit politischen Steuerungsinstrumenten die Produktionsmengen zu kontrollieren und damit auch den Druck für den Export der Überschuss-

produktion zu minimieren, haben die politisch Verantwortlichen in den USA bzw. der EU die Öffnung der Märkte des globalen Südens und deren institutionelle Verankerung im Rahmen von sowohl multilateralen (Agrarabkommen der WTO) als auch bilateralen Freihandelsabkommen vorangetrieben. Produktionssteuernde Maßnahmen in ihren Agrarpolitiken haben sie dagegen schrittweise abgeschafft.

Die Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind eindeutig: zwei Drittel der Entwicklungsländer, welche in den 1980er Jahren noch Nettolebensmittelexporteure waren, sind heute Nettoimporteure von Lebens-

mitteln. Innerhalb der am wenigsten entwickelten Länder ist dieser Anteil noch viel höher.

Die Gewinner dieser Welthandelsordnung: eine Handvoll von global agierenden Konzernen wie u.a. Monsanto oder DuPont, Syngenta, Cargill, Nestlé oder Supermarktketten wie Wal Mart, Carrefour und Tesco, deren Profite seit Jahren enorm steigen. Viele dieser Konzerne sind in den USA und in der EU angesiedelt und betreiben seit Jahren erfolgreich massives Lobbying für diese Deregulierungspolitik.

Die Frage nach der notwendigen Welthandelsordnung für eine gerechtere Verteilung der globalen Ernte kann nur gemeinsam mit der Frage nach einem zukünftigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem beantwortet werden. Denn angesichts der Hungerkrise, aber auch der Klima- und Energiekrise stehen wir vor der Frage, wie wir jetzt und zukünftig die Ernährung der Menschen sicherstellen können. Das gegenwärtige stark industrialisierte und zunehmend globalisierte Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem hat dabei keine Zukunft.

TRANSFORMATION NOTWENDIG

Der Weltagrарbericht von 2008 hält dies ausdrücklich fest und benennt die Notwendigkeit der Transformation dieses Systems: weg von seiner Abhängigkeit von Erdöl und den industrialisierten Produktionsformen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf Boden, Wasser und Biodiversität hin zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft. So eine Landwirtschaft kann genügend gesunde, qualitative und leistbare Lebensmittel für alle Menschen dieser Erde erzeugen. Sie ist im wesentlichen kleinräumig strukturiert und in ihr haben die landwirtschaftlichen ProduzentInnen und KonsumentInnen wieder mehr Kontrolle.

Zentraler Eckpfeiler eines zukünftigen, sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystems ist die Förderung des größtmöglichen Grades an eigenständiger Versorgung mit Lebensmitteln eines Landes bzw. einer kontinentalen Region, z.B. Lateinamerika oder Europa. Das heißt zum einen, dass vorhandene landwirtschaftliche Nutzflächen zuerst für die Produktion von Lebensmitteln zur Versorgung der Menschen, die dort leben, verwendet werden. Zum anderen muss der globale Handel,



HINTERGRUND

DOHA ENTWICKLUNGSRUNDE

Im November 2001 beschlossen die Wirtschaftsminister der Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO bei ihrer Ministerkonferenz in Doha, Qatar, eine Verhandlungsrunde über die weitere Liberalisierung des Welthandels zu eröffnen. Um die Zustimmung der Entwicklungsländer zu erhalten, wurden die Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum gestellt – daher der Name WTO Doha Entwicklungsrunde. Ziel der Runde war es, bis 2005 einen weiteren Abbau von Zöllen für Agrar- und Industriegüter sowie die Ausweitung der Liberalisierungszugeständnisse im Dienstleistungssektor zu beschließen. Die Verhandlungen im Bereich des Agrarabkommens sollten dazu dienen, entwicklungspolitisch bedenkliche Elemente, die durch das Agrarabkommen legitimiert waren (z.B. Exportförderungen), abzuschaffen bzw. einzuschränken. Die Verhandlungen stecken seit Jahren fest, da die Industrieländer einmal mehr ein Verhandlungsergebnis anstreben, welches v. a. die Exportinteressen ihrer Unternehmen bedient.

* Mag.^a Alexandra Strickner ist Volkswirtin, Koordinatorin der Allianz „Wege aus der Krise“ und Obfrau von Attac Österreich.
www.wege-aus-der-krise.at
www.attac.at

Agrarpolitik

Mehr Informationen über die Reformen der US- und EU-Agrarpolitiken der letzten Jahre finden sich auf: www.agpolicy.org
www.europeanfooddeclaration.org/documents

GRAIN

Genetic Resources Action International (GRAIN) ist eine internationale NGO, die sich für die Erhaltung des Kleinbauerssektors, v.a. in Entwicklungsländern einsetzt und soziale Bewegungen unterstützt. www.grain.org/atg/

v.a. von Grundnahrungsmitteln, so organisiert bzw. strukturiert sein, dass lokale Produktionsstrukturen, die die eigenständige Versorgung mit diesen Lebensmitteln sicherstellen und damit auch viele Arbeitsplätze bedeuten, nicht zerstört werden. Globaler Agrarhandel muss also komplementär erfolgen.

MASSNAHMEN

Instrumente wie Importzölle oder Importquoten, aber auch die Beschränkung z. B. des Exportes von Lebensmitteln sind daher notwendige Instrumente, um dieses Ziel sicherzustellen. Ein Beispiel: im westlichen Afrika ist es möglich, ausreichend Geflügel für den lokalen Bedarf zu erzeugen und damit die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Bis vor wenigen Jahren wurden rund 80 Prozent des lokalen Bedarfs vor Ort erzeugt und so Arbeitsplätze und Einkommen vieler Menschen gesichert. Durch billige Geflügelimporte aus der EU und der Unmöglichkeit, seitens der Regierungen entsprechende Importzölle darauf einzuhoben (u.a. auch deshalb, weil die EU diesen Ländern im Falle des Anhebens die Kürzung von Entwicklungshilfegeldern androhte), werden heute nur mehr fünf Prozent des Bedarfs vor Ort produziert. Eine Welthandelsordnung, die lokale Produktionsstrukturen erhält, würde sicherstellen, dass lediglich die fehlenden 20 Prozent des Bedarfs importiert werden.

Der Schutz der Eigenversorgungsmöglichkeiten eines Landes bzw. einer Region vor gedumpten Importwaren mittels Importzöllen oder andere Maßnahmen hat also nichts mit Protektionismus oder Abschottung zu tun. Es geht vielmehr um die Sicherstellung eines höchstmöglichen Grades an eigenständiger Ernährungssicherheit und einer möglichst geringen Abhängigkeit von Weltmärkten, auf denen Preise enorm schwanken und entweder zu geringe Einkommen für Bauern und Bäuerinnen oder zu hohe Lebensmittelpreise für KonsumentInnen bedeuten.

Jene Länder, welche aufgrund ihrer Möglichkeiten strukturell mehr Lebensmittel als für den eigenen Bedarf notwendig erzeugen können, verzichten bewusst darauf, mittels ihrer Agrarpolitiken strukturelle Überproduktion zu fördern. Es geht darum, den Exportdruck zu vermeiden. Sie produzieren lediglich so viel mehr an Grundnahrungsmitteln, um den Lebensmittelbedarf jener Länder und Regionen sicherzustellen, die →

Weltagrarbericht

Der Weltagrarbericht ist eine Analyse der aktuellen Situation des Lebensmittel- und Landwirtschaftssystems und der Herausforderungen der Zukunft. www.weltagrarbericht.de



WTO

AGRARABKOMMEN

Das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation WTO ist seit 1995 in Kraft. Es schreibt die maximale Höhe von Subventionszahlungen für landwirtschaftliche Produktion, landwirtschaftliche Exporte und Importzölle fest. Es wurde mit dem Ziel abgeschlossen, die Dumpingpraxis (das ist der Verkauf von Produkten unterhalb ihrer tatsächlichen Produktionskosten) der USA und der EU zu beenden und die Exportmöglichkeiten für Entwicklungsländer durch die Senkung der Importzölle für agrarische Produkte zu verbessern. Tatsächlich hat das Agrarabkommen (konzipiert von den zwei US-Konzernen Cargill und Archer Daniels Midland/ADM) die Profitmöglichkeiten von Agrokonzernen enorm erhöht. Niedrigere Importzölle für Entwicklungsländer haben deren kleinbäuerliche Landwirtschaft und Eigenversorgungskapazitäten weiter zerstört und die Industrialisierung der Landwirtschaft global vorangetrieben. Die Dumpingpraxis wurde mit der Begrenzung und Festschreibung des Subventionsvolumens nicht abgeschafft, da im Rahmen des WTO Abkommens Dumping nur dann besteht, wenn ein landwirtschaftliches Produkt am Weltmarkt unterhalb des Verkaufspreises des Entstehungslandes vertrieben wird. In der Folge haben die USA und die EU ihre Agrarpolitiken WTO-kompatibel umgestaltet. Produktionsbedingte Subventionszahlungen wurden durch Direktzahlungen ersetzt (siehe u. a. die Reformen der EU-Agrarpolitik seit 1992). Das erlaubt es, dass die Preise, die landwirtschaftliche ProduzentInnen von den Lebensmittelkonzernen oder Supermärkten in der EU bzw. den USA erhalten, unterhalb die Produktionskosten sinken können, da der Einkommensausfall mit Direktzahlungen kompensiert wird. EU-Agrarexporte können somit langfristig ohne direkte Exportsubventionen erfolgen, ohne dabei laut WTO-Definition Dumping zu erzeugen. Direktzahlungen sind somit indirekte Exportsubventionen, die aber laut Agrarabkommen zugelassen sind. Die WTO Doha Entwicklungsrunde zur weiteren Liberalisierung des globalen Handels würde an der grundlegenden Struktur nichts ändern, sondern lediglich maximal zulässige Zollhöhen und Subventionszahlungen weiter beschränken und die bereits negativen Auswirkungen weiter verschärfen.

www.wto.org

“ DER UNCTAD-CODE ÜBER RESTRIKTIVE UNTERNEHMENSPRAKTIKEN KÖNNTE BASIS FÜR NEUE GLOBALE WETTBEWERBSREGELN SEIN.



Keine Chicken schicken

Wie Hühnerfleisch aus Europa Kleinbauern in Westafrika ruiniert und eine starke Bürgerbewegung in Kamerun sich erfolgreich wehrt.

http://www.eed.de//fix/files/doc/eed_chicken_07_deu.pdf



Hans Weiss

REICHE ERNTEN

Die Landwirtschaft hat gerade Erntezeit. Doch nicht Weizen- Wein- oder Rübenertrag stehen zur Diskussion, sondern die jährlich 2,3 Milliarden Euro Agrarförderungen. Sehr ertragreich für einige wenige. Ob das so sein oder bleiben muss, darüber sprach Wilfried Leisch mit dem Autor von „Schwarzbuch Landwirtschaft“, Dr. Hans Weiss.

Wem kommen die Förderungen zugute?

Weiss: Nur etwa 20 Prozent des gesamten Förderkuchens geht an die viel beschworenen kleinen Bauern, die restlichen 80 Prozent erhalten hauptsächlich Reiche und Superreiche wie Julius Meinl, Großbauern, Raiffeisenbetriebe, Nahrungsmittelfirmen, multinationale Konzerne wie Kraft Foods (Milka-Schokoladen) und Agrarfunktionäre des ÖVP-Bauernbundes.

Wer sind die größten Nutznießer?

Weiss: Diejenigen, die es ganz und gar nicht notwendig haben. Etwa Fürst Liechtenstein 1,6 Millionen Euro, der Papierindustrielle und „Nebenerwerbslandwirt“ Alfred Heinzl 415.000 Euro. Eine der offiziellen Begründungen: Damit soll „ein stabiles Einkommen gewährleistet werden.“

Welche Steuervorteile haben die Bauern?

Weiss: Bauern müssen nicht ihr reales Einkommen versteuern, sondern nur ein fiktives, das extrem niedrig angesetzt ist und seit 1988 unverändert geblieben ist – das ist der so genannte Einheitswert. Dieses Privileg führt dazu, dass 97 Prozent aller Bauern keine Einkommensteuer zahlen müssen – egal, wie viel sie tatsächlich verdienen. Sie müssen lediglich eine minimale Grundsteuer entrichten. Im Durchschnitt sind das pro Bauer etwa 150 Euro im Jahr. Weil der Einheitswert auch die Basis zur Berechnung aller weiteren Abgaben ist, müssen fast alle Bauern nur minimale Beiträge zur Krankenkasse und zur Pensionsversicherung zahlen – in der Regel sind das insgesamt etwa 4.000 Euro im Jahr. Weil so wenig in die Pensionsversicherung eingezahlt wird, muss der Staat jährlich noch einmal 1,7 Milliar-

den Euro für die Bauern-Pensionen zuschießen. Ein weiterer Steuervorteil ist das Familiensplitting: Bei verheirateten Bauern kann das fiktive Einkommen zwischen Mann und Frau geteilt werden und die Steuer wird erst nach diesem „Splitting“ berechnet.

Würden ohne Agrarsubventionen Lebensmittel teurer?

Weiss: Das glaube ich nicht. Da wo besonders hoch gefördert wird, sind die Preise auch besonders hoch – zum Beispiel beim Zucker.

Welche Rolle spielt die Politik?

Weiss: Ein zentrales Problem besteht darin, dass diejenigen, die über die Regeln zur Vergabe von Förderungen bestimmen – das sind zu fast 100 Prozent ÖVP-Bauernbundmitglieder –, selbst in hohem Ausmaß von diesen Förderungen profitieren. Bis jetzt hat der ÖVP-Bauernbund als quasi Alleinherrscher im Landwirtschaftsbereich bestimmt, was läuft. Alle anderen Parteien hatten hier nichts zu melden.

Wie soll ein künftiges Förder-system aussehen?

Weiss: Man sollte alle regelmäßigen Förderungen nach oben begrenzen – beispielsweise auf 25.000 Euro im Jahr. Privatstiftungen sollten überhaupt keine Förderungen erhalten. Generell: Große Betriebe sollten weniger kriegen und kleine mehr. Derzeit erhalten kleine Bauern pro Hektar 448 Euro, große 544 Euro Förderung. Das steht in krassem Widerspruch zu den Behauptungen der Agrarfunktionäre und -politiker, dass die Förderungen in erster Linie den kleinen Bauern zugute kommen und dazu dienen, die kleinteilige Landwirtschaft aufrechtzuerhalten.

aufgrund ihrer geografischen und klimatischen Bedingungen die eigenständige Versorgung nicht garantieren können.

NEUE ORDNUNG

Eine zukunftsfähige Welthandelsordnung, in deren Zentrum die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln, Preisstabilität für KonsumentInnen und ProduzentInnen und auch die langfristige Erhaltung der Naturressourcen steht, braucht auch ausreichend öffentliche Getreidelager um allfälligen Ernteausfällen bzw. auch -überschüssen zu begegnen. Dadurch können u.a. Preisschwankungen minimiert und die Versorgung der Bevölkerung in Regionen, welche durch saisonale Ernteausfälle zu wenig an Lebensmitteln haben, sichergestellt werden. In dieser neuen Ordnung sind auch Patente auf Pflanzen und Tiere verboten. Stattdessen gibt es eine globale öffentliche Saatgut- und Gendatenbank, mit dem Ziel, die vorhandene Biodiversität zu erhalten und zu vergrößern. Und es gibt auch verbindliche Regeln, die die Markt- und politische Macht einiger weniger transnationaler Unternehmen, die heute große Teile des globalen Agrar- und Lebensmittelsystems inklusive des Agrarhandels kontrollieren, einschränken. Der in den 1980er Jahren entwickelte Code über restriktive Unternehmenspraktiken der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) könnte ein Ausgangspunkt für solche globale Wettbewerbsregeln sein.

COMEBACK DER SORTENVIELFALT

Was würden diese Veränderungen für uns im globalen Norden bedeuten? Ein Großteil dessen, was wir essen, wird in der EU erzeugt werden. Wir werden weniger Fleisch, Fisch und tropische Früchte essen. Das jahreszeitlose Angebot von Gemüse und Obst (z.B. Spargel im Winter) in unseren Supermärkten würde zurückgehen, da Land und Meer im globalen Süden zuerst zur Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Menschen dort genutzt wird, anstatt für Futtermittel zur Herstellung von billigem Fleisch oder Fischkonserven für uns. Die Notwendigkeit der ökologischen Nachhaltigkeit und das Recht zukünftiger Generationen auf Ernährungssicherheit erfordert, der Übernutzung der natürlichen Ressourcen im globalen Süden ein Ende zu setzen. Ein weiterer Grund, warum der globale Handel mit Lebensmitteln v.a. von Süden nach Norden geringer werden muss. Ein Mehr an lokaler Sortenvielfalt wird unseren Speiseplan weiterhin abwechslungsreich machen. Der Handel von Lebensmitteln wird sich stärker lokalisieren und innerhalb von kontinentalen Regionen stattfinden. ■